

DIE WELT

WIR WOLLEN EINE GUTE UNION  
UND ZWAR SCHNELL  
(Vogliamo un'Unione che sia fatta bene e senza indugi)

23 novembre 1990

# Wir wollen eine gute Union – und zwar schnell

Von CARLO A. CIAMPI

**D**er öffentlichen Meinung wird oft eine Alternative vorgesetzt zwischen denen, die die Europäische Währungs- und Wirtschaftsunion „gut“ und denen, die sie schnell machen wollen. Die Position Italiens dazu war stets die, daß man beides zugleich erzielen kann und sollte, gut und ohne Verzögerungen, und das ist auch die Überzeugung der Banca d'Italia und von mir persönlich. Die Ereignisse der beiden letzten Jahre bestätigen die Gültigkeit dieser Überzeugung. Die unbeirrbar Verpflichtung der Politik ebenso wie die der Währungsbehörden muß darauf gerichtet sein, daß die schnelle Erzielung der institutionellen Fortschritte mit der Stärkung der Stabilität einhergeht.

Die Sache gut zu machen bedeutet in erster Linie, der Währungsunion solide wirtschaftliche Grundlagen zu sichern. Was auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren an Fortschritten erzielt wurde, war noch am Anfang der achtziger Jahre kaum zu erhoffen gewesen. Mit der Entscheidung, den Binnenmarkt ins Leben zu rufen, was inzwischen in dem größten Teil der Gemeinschaft zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs führte, wurden die Bedingungen geschaffen, um auf Wechselkursveränderungen als Instrument der Anpassung verzichten zu können. Mit dem Herunterschleusen der Inflationsraten, insbesondere unter den von Anfang an am Europäischen Währungssystem beteiligten Partnerländern, wurde der sichtbare Beweis erbracht, daß die Preisstabilität die unabdingbare Voraussetzung für ein vertretbares Wirtschaftswachstum darstellt.

Alles das ist so in Ordnung. Aber es ist noch nicht ausreichend. Aus diesem Grunde hat der Ausschuß der EG-Zentralbankgouverneure bei der Vorbereitung des Statuts eines Europäischen Zentralbankensystems zwei fundamentale Grundsätze aufgestellt: als erstes das Prinzip, daß das oberste

Ziel des Systems die Preisstabilität darstellt. Als zweites, daß zur Erreichung dieses Ziels die neue Institution über volle Unabhängigkeit verfügen muß. Das bedeutet im einzelnen, daß sie frei sein wird von allen Einflußnahmen seitens der politischen Behörden, sowohl der nationalen als auch der EG-Behörden. Sie wird keinerlei Zwang zur Finanzierung der öffentlichen Haushaltsdefizite unterliegen.

Das EWS ist das Instrument, in dem sich der Wille der Partnerländer der Gemeinschaft niedergeschlagen hat, gemeinsam die Inflation zu bekämpfen und nach einer allzu langen Pause den Weg zur Einheit wieder aufzunehmen. Einen großen Teil seiner ursprünglichen Aufgaben hat das EWS mittlerweile erfüllt. Weitgehend unzureichend ist es aber im Hinblick auf die neuen Beziehungen zwischen den Partnerländern. Dabei besteht Übereinstimmung darüber, daß feste Wechselkurse, freier Kapitalverkehr und nationale Autonomie in der Währungspolitik nicht miteinander vereinbar sind. Daher die Notwendigkeit, diesen Widerspruch schon heute durch eine eng koordinierte Währungspolitik zu lösen und morgen das EWS durch die Bildung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ganz zu überwinden.

Die heutige Situation hat ihre Gültigkeit als Übergangsphase zu einer Ordnung, in der die Partner ihre nationale Währungssouveränität in eine Gemeinschaftssouveränität verwandeln. Die Konkurrenz unter den Währungen oder die Hegemonie einer einzigen Währung, beziehungsweise eine nationale Währungspolitik, bieten dafür keine andere Alternative. Ein auf einer einzigen nationalen Währung gegründetes System würde bald alle seine Schwächen offenbaren, sei es unter technischen wie auch unter politischen Gesichtspunkten, und wäre in Kontrast zu dem Grundsatz der Gleichheit, auf dem das gesamte europäische Gebäude aufgebaut ist.

Ebensowenig führt der mit schwierigen Problemen befrachtete Wettbewerb der Währungen zur Wechselkursstabilität und zur Einheitswährung, es sei denn in so ferner und unsicherer Zukunft, daß jede Perspektive verschwommen erscheint.

Die einzige wirklich stabile Lage ist die, in der eine einzige Währungsautorität eine einheitliche Währung emittiert und ihr auf Dauer die Kaufkraft sichert. Das ist ein Grundsatz, dem sich die Zentralbankgouverneure der Gemeinschaft zutiefst verbunden fühlen. Sie haben dieses Prinzip im Delors-Ausschuß vertreten, und sie haben es jetzt in den Entwurf zu dem Statut des Europäischen Zentralbankensystems übertragen.

In Rom hat der Europäische Rat beschlossen, daß die künftige Einheitswährung der Gemeinschaft der Ecu sein wird. Das ist schon heute Realität: In wenigen Jahren ist der Ecu auf den internationalen Märkten zur fünfgrößten Währung aufgerückt, die wichtigste Währung der Gemeinschaft nach der Deutschen Mark. Die Zentralbanken benützen ihn für ihre Interventionen und zur Risikoverteilung ihrer Reserven. Die Zentralbanken sind dabei, den Ecu zu stärken, indem sie den heutigen Wäh-

rungskorb in eine Währung umzuwandeln bestrebt sind, die ihren festen Wert in sich selbst trägt.

Außer die Unsicherheit über die Identität der künftigen Einheitswährung der Gemeinschaft zu zerstreuen, hat der Europäische Rat in Rom auch eine strenge Verpflichtung auferlegt, was die wirtschaftspolitische Konvergenz bis zum

1. Januar 1994 anbelangt. Im Zusammenhang mit diesem Termin für den Start der Phase zwei der Währungs- und Wirtschaftsunion hat der Europäische Rat die fundamentalen Aspekte festgelegt, die insbesondere die Bildung der

neuen Währungsinstitution der Gemeinschaft betreffen.

Weiter der nationalen Verantwortlichkeit obliegt dagegen die Beachtung der Ziele der wirtschaftspolitischen Konvergenz. An dieser Front besonders engagiert ist mein Land, das zwar zu den Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft gehört und ein überzeugter Befürworter der europäischen Einheit ist, die Konvergenz der wirtschaftlichen Bedingungen aber noch nicht voll erreicht hat.

Viele Fortschritte wurden indessen bereits erzielt. Die Inflationsdifferenz gegenüber Deutschland reduzierte sich von einem Höchststand von 17 Prozentpunkten im Juli des Jahres 1980 auf 3,5 Prozentpunkte im Oktober dieses Jahres. Diese Resultate sind einer rigorosen Kredit- und Währungspolitik zu verdanken. Die Unabhängigkeit der Banca d'Italia hat dabei ihre institutionelle Grundlage in dem komplexen Verfahren, mit dem der Zentralbankgouverneur und die anderen Mitglieder des Direktoriums ernannt werden. Die Wahl erfolgt durch den Obersten Rat der Banca d'Italia selbst, wobei dieser Beschluß von der Regierung genehmigt werden muß. Das Mandat des Zentralbankgouverneurs und der Direktoriumsmitglieder ist unbefristet. Diese Unabhängigkeit der italienischen Zen-

tralbank gegenüber Politik und Wirtschaft zeigt sich deutlich in den Fakten, das heißt in der Kredit- und Währungspolitik. Nur eine unabhängige Zentralbank konnte, um nur ein Beispiel zu nennen, mit solcher Bestimmtheit eine auf Stabilität gerichtete Währungspolitik betreiben, und das trotz der immer wieder aufgestellten Forderungen nach einer „Anpassung“ des Lirakurses, um auf diese Weise die Wettbewerbskraft zu verbessern und sich den Konsequenzen zu entziehen, die mit dem Ziel der Stabilität verbunden waren.

Ein bedeutsames Zeichen für diese Unabhängigkeit ist die Tatsache, daß in einem Land mit hohem Haushaltsdefizit wie dem unseren im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre das Schatzamt kein einziges Mal von der Zentralbank finanziert wurde. Die Banca d'Italia reguliert die Geldschöpfung, indem sie als oberstes Ziel die Inflationsbekämpfung vor Augen hat. Unter Berücksichtigung der Bedingungen und der Notwendigkeiten der Wirtschaft setzt sie jährlich das Ausmaß der Geldmengenschöpfung fest und betreibt ihre Zentralbankoperationen gegenüber dem Ausland, dem Schatzamt und dem Kreditssystem in Abstimmung mit diesem Ziel.

Im Bereich der öffentlichen Finanzen konnten in jüngster Zeit ebenfalls Resultate erzielt werden, wenn auch nicht immer befriedigende: Noch immer ist der Anteil des Finanzierungsbedarfs der öffentlichen Hand, am Bruttoinlandsprodukt gemessen, höher als zehn Prozent, selbst wenn er zwischen 1985 und 1990 um beinahe drei Prozentpunkte zurückging. Die italienische Regierung hat sich deshalb vorgenommen, den Anteil der

öffentlichen Neuverschuldung am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1991 um beinahe anderthalb Prozentpunkte zu senken und 1993 dieses Verhältnis zu stabilisieren, um anschließend die Verschuldung überhaupt abzubauen.

Sicher ist dabei, daß unsere Entschlossenheit, mit allen Rechten und Pflichten an der Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion teilzunehmen, einen in meinem Lande ebenso starken wie tief empfundenen und verbreiteten Anreiz darstellt, um die notwendige Konvergenz der italienischen Wirtschaft herbeizuführen.

Der Autor ist Gouverneur der Banca d'Italia



Notenbank-Chef Carlo Azeglio Ciampi

FOTO: DPA

All'opinione pubblica viene spesso presentata un'alternativa tra coloro che l'Unione Economica e Monetaria dell'Europa vogliono farla bene e quelli che vogliono farla presto. Costantemente, la posizione dell'Italia è stata che si può e si deve fare, al tempo stesso, bene e senza inutili indugi; questo è anche il convincimento della Banca d'Italia e mio personale. Gli eventi degli ultimi due anni confermano la validità di questo convincimento. L'impegno tenace delle autorità politiche e di quelle monetarie deve essere che il passo rapido negli avanzamenti istituzionali continui a coniugarsi con il rafforzamento della stabilità.

Fare bene significa innanzi tutto assicurare solidi fondamenti economici all'unione monetaria. I progressi compiuti negli ultimi anni in questo campo erano insperabili all'inizio dello scorso decennio. Con la decisione di creare il mercato unico, che ha portato alla libertà dei movimenti dei capitali in gran parte della Comunità, si sono poste le condizioni, a livello di sistema, per rinunciare alla variazione dei tassi di cambio come strumento di aggiustamento. Con la convergenza verso il basso dei tassi di inflazione, soprattutto tra i paesi che hanno partecipato dall'inizio al meccanismo di cambio dello SME, si è data prova tangibile del fatto che la stabilità dei prezzi è condizione necessaria di uno sviluppo sostenibile. Con il rafforzamento e l'estensione del meccanismo di cambio dello SME, dagli accordi di Basilea-Nyborg all'adesione della Spagna e del Regno Unito, al

restringimento della banda di fluttuazione da parte dell'Italia, si è confermata nei fatti, al di là delle esitazioni, delle diffidenze, la natura dello SME come caposaldo della stabilità monetaria in Europa.

Tutto ciò è bene, ma non è ancora abbastanza. E' per questo che il Comitato dei governatori della CEE, nel preparare una bozza di statuto del Sistema europeo di banche centrali, ha trascritto in norme chiare due principi fondamentali: il Sistema avrà come fine prioritario la stabilità dei prezzi; per perseguire tale fine la nuova istituzione godrà di piena indipendenza, sarà libera da interferenze delle autorità politiche, nazionali o comunitarie, affrancata da qualsiasi obbligo di finanziamento dei disavanzi pubblici.

Lo SME è stato lo strumento sul quale si è aggregata la volontà dei paesi membri della Comunità per combattere insieme l'inflazione, per riprendere il cammino unitario dopo una troppo lunga pausa. Lo SME ha ormai assolto gran parte dei compiti originari; è inadeguato in prospettiva alle nuove relazioni fra i paesi membri che esso stesso ha contribuito a creare. E' unanimemente riconosciuto che non possono coesistere tassi di cambio fissi, libertà di movimento dei capitali e autonomia nazionale nella conduzione della politica monetaria. Di qui l'esigenza, oggi, di una politica monetaria strettamente coordinata per risolvere quell'incoerenza; la necessità, domani, di superare lo SME con la creazione dell'U.E.M..

La situazione attuale ha una sua validità quale

transizione verso un assetto in cui i paesi trasformino la sovranità monetaria nazionale in sovranità comunitaria. Non offrono vie alternative la concorrenza tra monete o l'egemonia di una moneta, cioè di una politica monetaria nazionale. Un sistema basato su una moneta nazionale finirebbe per mostrare la sua fragilità, sia dal punto di vista tecnico sia da quello politico; sarebbe in contrasto con il principio di parità che informa l'intera costruzione europea. La strada della concorrenza, irta di difficili problemi tecnici, non conduce alla stabilità dei cambi e alla moneta unica se non in un orizzonte tanto lontano e incerto da rendere evanescente ogni prospettiva.

La sola situazione veramente stabile è quella in cui un'unica autorità monetaria emette un'unica moneta, preservandone nel tempo il potere di acquisto. E' un principio profondamente sentito dai governatori della Comunità; essi lo hanno sostenuto nel Comitato Delors e lo hanno tradotto ora nella bozza di statuto del Sistema europeo di banche centrali. Il Consiglio europeo di Roma ha stabilito che la futura moneta unica della Comunità sarà l'ecu. Questo già oggi è una realtà: in pochi anni è divenuto la quinta moneta sui mercati internazionali, la più importante della Comunità dopo il marco. Le banche centrali lo utilizzano attivamente per i loro interventi, per la diversificazione delle riserve. Sono impegnate a rafforzarlo, trasformando l'attuale struttura di moneta paniere in moneta che abbia in se stessa il proprio stabile valore.

Il Consiglio europeo di Roma, oltre a risolvere l'incertezza sull'identità della futura moneta unica della Comunità, ha posto impegni rigorosi in termini di convergenza economica per il 1° gennaio 1994, data di inizio della seconda fase dell'U.E.M; di questa ha anche definito gli aspetti fondamentali, tra cui, in particolare, la creazione della nuova istituzione monetaria della Comunità. Di fatto, con le conclusioni di Roma il Consiglio europeo ha fissato, sia pure con la riserva inglese, l'accordo politico sulla base del quale l'opera congiunta dei paesi membri, a livello comunitario, potrà realizzare ulteriori avanzamenti tecnico-istituzionali verso l'U.E.M. Il rispetto degli obiettivi di convergenza economica è, invece, responsabilità delle autorità nazionali. Su questo fronte è particolarmente impegnato il mio paese, fra i fondatori della Comunità, sostenitore convinto dell'unione europea, non ancora del tutto in linea nel raggiungimento della convergenza delle condizioni economiche.

Molti progressi sono già stati realizzati. Il differenziale di inflazione con la Germania è passato da un massimo di 17 punti percentuali nel luglio del 1980 a 3,5 punti a ottobre di quest'anno. Questi risultati sono stati resi possibili da una rigorosa politica monetaria e del cambio. L'indipendenza della Banca d'Italia ha un suo fondamento istituzionale nella complessa procedura di nomina del governatore e degli altri membri del direttorio, eletti dal Consiglio Superiore della stessa Banca, con delibera soggetta

all'approvazione governativa; il loro mandato non ha scadenza. Nei fatti, l'indipendenza della Banca d'Italia, nei confronti del potere politico e di quello economico, emerge chiaramente dalla conduzione della politica monetaria e del cambio. Solo una banca centrale indipendente, ad esempio, avrebbe potuto condurre con tanta determinazione una politica di cambio volta alla stabilità, di fronte alle ricorrenti richieste di "accomodamento" del corso della lira per migliorare la competitività, cercando così di sottrarsi a scelte coerenti con l'obiettivo della stabilità.

Non è meno significativo segno di indipendenza il fatto che, in un paese dall'elevato disavanzo pubblico, non ci sia stato, nella media degli ultimi tre anni, alcun finanziamento al Tesoro da parte della Banca d'Italia. Questa regola la creazione di moneta mirando alla finalità primaria di contrastare l'inflazione. A tal fine la Banca d'Italia fissa annualmente, tenendo conto delle condizioni e delle esigenze dell'economia, l'obiettivo di creazione di moneta e gestisce le proprie operazioni di banca centrale, in contropartita con l'estero, con il Tesoro, con le banche commerciali, coerentemente con quell'obiettivo.

Anche nel campo della finanza pubblica sono stati segnati progressi, ma insufficienti: il fabbisogno dello Stato, rispetto al prodotto, pur disceso di quasi tre punti percentuali tra il 1985 e il 1990, è tuttora superiore al 10 per cento. Il Governo italiano ha assunto l'impegno di ridurre nel 1991 il fabbisogno statale di quasi un punto e



mezzo del prodotto; di stabilizzare nel 1993 il rapporto tra debito-prodotto, dando poi avvio alla sua riduzione .

La determinazione di partecipare a pieno titolo all'Unione economica e monetaria europea costituisce una forte sollecitazione, profondamente sentita e diffusa nel mio Paese, al perseguimento della necessaria convergenza delle condizioni dell'economia italiana.